

Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen Polizeigewerkschafter Wendt ein

[Veröffentlicht am 09.11.2017 von EpochTimes](#)

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat das Ermittlungsverfahren wegen eines Untreueverdachts im Fall des Polizeigewerkschaftschefs *Rainer Wendt* eingestellt.

Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass Beteiligte bewusst pflichtwidrig gehandelt hätten, teilte ein Behördensprecher am Donnerstag in Düsseldorf mit. Weiterhin gebe es keine Hinweise darauf, dass dem Land Nordrhein-Westfalen vorsätzlich ein Vermögensnachteil zugefügt oder dies in Kauf genommen worden sei. Die Ermittlungen richteten sich demnach gegen Unbekannt.



Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft.
Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Beamtenbund hatte eingeräumt, dass er jahrelang vom Land Nordrhein-Westfalen ein Teilzeitgehalt als Polizist bezog, obwohl er nicht mehr als Beamter arbeitete.

- Es habe sich im Fall Wendt um eine über Jahre in Nordrhein-Westfalen und in ähnlicher Weise auch in anderen Bundesländern gängige Praxis gehandelt, die das Ziel hatte, Gewerkschaftschefs „*die Wahrnehmung ihrer verfassungsrechtlich geschützten Aufgaben zu ermöglichen*“, erklärte die Staatsanwaltschaft.

Weil Wendt zudem Nebentätigkeiten nicht angezeigt haben soll, hatte das nordrhein-westfälische Innenministerium zudem ein Disziplinarverfahren gegen den Gewerkschaftsfunktionär eingeleitet.

Die strafrechtliche Prüfung der Untreuevorwürfe erfolgte nach Angaben der Staatsanwaltschaft unabhängig von dem eingeleiteten Verwaltungsermittlungsverfahren.
(afp)